

## DEMOGRAFIE IM ALLTAG

(Der Vortrag wurde 2006 bei einer Tagung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes LV Sachsen in freier Rede gehalten – diese Niederschrift gibt nur die Grundstruktur der Ausführungen wieder.)

Ich beginne mit etwas, was uns allen bekannt sein dürfte: Die Bevölkerung in Sachsen reduzierte sich von 1990 bis zum Ende vergangenen Jahres von rund 5 Millionen (genau 4.912.767 am 1. Oktober 1990 – es sind also nicht mehr jene Teile der Bevölkerung erfasst, die zwischen November 1989 und September 1990 die DDR, speziell Sachsen, verlassen hatten) auf nunmehr 4.250.131 EinwohnerInnen. Mit 662.636 Personen gibt es also weit über ½ Million oder 13,5 % weniger Menschen im Freistaat.

Bis 2020, so wird allgemein prognostiziert, werden weitere 400.000 Personen verlustig gehen. Das heißt, dass Sachsen innerhalb von 30 Jahren rund eine Million Menschen weniger auf seinem Territorium haben wird.

Sollten nicht große Zuzugsbewegungen im Rahmen der internationalen Migration erfolgen, sind diese prognostizierten Daten nach aller Vorhersagekraft nicht gegenläufig zu beeinflussen – die Situation wird eintreten.

Diese Entwicklung ist das Ergebnis eines vielfältigen Prozesses:

1. Eine enorme Abwanderung - teils der einheimischen Bevölkerung  
- teils der vorübergehend hier weilenden Westdeutschen
2. Einiges an Zuwanderung
3. Geringe Geburtenrate - diese gleicht sich erst jetzt dem gesamtdeutschen Niveau von 1,35 wieder an
4. Zunehmende Lebenserwartung - die sich dem westdeutschen Niveau angleicht.

Ich werde mir im weiteren Verlauf meiner Ausführungen die einzelnen Aspekte systematisch ansehen.

Zu 1)

Man geht weiterhin von **Abwanderung** aus und dabei von einem anhaltenden Verlust – also kein ausgeglichenes Saldo mit der Zuwanderung. Dies wird so bis zum Jahr 2020 prognostiziert und sich erst dann merklich abschwächen.

Der Rückgang der Abwanderung wird mit dem Altersaufbau der *mobilen Bevölkerung* zusammenhängen: Wer konnte, ist schon weg und wer weg ist, kriegt hier keine Kinder, die dann auch weg gingen. Die stark geschrumpften Jahrgänge nach 1990 bieten gar nicht mehr die großen Quantitäten, die einen Wegzug im bisherigen Umfang möglich machten.

1 a)

Die Abwanderung bzw. der daraus resultierende Bevölkerungsverlust ist *regional unterschiedlich*.

So haben (natürlich in Kombination mit Geburtenrückgang, der aber nahezu flächendeckend in ganz Sachsen die gleiche schwierige Phase durchlief) wir folgende besonders bemerkenswerte Bevölkerungsverluste in den

<i>Städten</i>		<i>Landkreisen</i>	
Hoyerswerda	- 39 %	Löbau-Zittau	- 20 %
Görlitz	- 25 %	Aue-Schwarzenberg	- 19 %
Chemnitz	- 23 %	Döbeln	- 18 %
Zwickau	- 22 %	NOL	- 16 %
		Riesa-Großenhain	- 15 %
		Annaberg	- 15 %

Der Verlust ist also durchaus in der Fläche Sachsens verteilt, mit einem kleinen Übergewicht im Osten.

Dem gegenüber gibt im 15-Jahres-Vergleich nur zwei Landkreise, die einen realen Zuwachs verzeichnen, nämlich der Muldentale- und der Weißeritzkreis (mit einem Plus von 3,6 bzw. 2,1 %); der Landkreis Kamenz ist mit einem Minus von 1,5 % relativ ausgeglichen. Diese drei Landkreise profitieren als Wohn-Raum vom Modernisierungs-, Wohlstands-, Individualisierungs- und Marktwirtschaftsschub der Nachwendezeit und nehmen die Funktion der sogenannten Speckgürtel ein (wenngleich dieser Speck zumeist sehr mager ist). Die Bevölkerungsverlust stellen also unterschiedliche Herausforderungen dar; in den meisten Landkreisen (und Städten) ist sogar eine kleinräumigere Betrachtung erforderlich, um die Vergangenheit und Gegenwart genau zu erkennen, die Zukunft abzuschätzen und Konsequenzen für die sozialen Herausforderungen und die soziale Infrastruktur zu entwickeln.

1 b)

Der Verlust bzw. die Abwanderung ist *nach Alter unterschiedlich*.

1 ba) Verluste

Ich konzentriere mich hierbei auf die Kinder und Jugendlichen bis 15 Jahren – quasi die Zukunft der Gesellschaft. In allen Regionen Sachsens ist diese Altersgruppe nur noch weit unterdurchschnittlich vertreten. Während in einem Land wie Baden-Württemberg (mit einer, unter Berücksichtigung der insgesamt niedrigen Geburtenrate in Deutschland, noch ganz guten Altersverteilung) der Anteil der unter 15-jährigen an der Gesamteinwohnerschaft doch noch 15,4 % beträgt, liegt der sächsische Durchschnitt bei nur 10,2 %. Besonders niedrig lag der Anteil dieser Altersgruppe in den Stadt- und Landkreisen

Hoyerswerda	8,5 %
Chemnitz	9,1 %
Zwickau	9,4 %
Döbeln	9,6 %
Riesa-Großenhain	9,7 %, bis hierher alle Kreise, die auch die höchsten Einwohnerverluste beklagen müssen, sowie
Vogtland	9,7 %
Leipzig	9,8 %

Und da, wo anteilig die meisten Kinder sind, hält sich dies auch sehr in Grenzen:

Weißeritzkreis	11,0 %
Meißen	11,0 %
Kamenz	10,9 %

Diese Verlusten haben und hatten gravierende Folgen: für die Kinder- und Jugendhilfe und für das Er-Leben der heranwachsenden Generation in einer absoluten Minderheitenposition. Einzig die zynisch anmutende Folge des enormen Geburtenrückganges scheint Erleichterung zu signalisieren: Der Ansturm auf Lehrstellen wird sich dieses Jahr voraussichtlich um 9.000 BewerberInnen vermindern. Diese Reduzierung wird sogar diejenigen erreichen, die in den berufsvorbereitenden Maßnahmen und anderweitig geparkt sind.

#### 1 bb) Abwanderung

Beinahe die Hälfte der Abwanderungsverluste entfiel in den jeweiligen letzten Jahren auf die Altersgruppe der 18- bis unter 25-jährigen. Also jene, die entweder in Berufsausbildung sind (und hierfür in andere Bundesländer, vornehmlich im Süden und Westen der Republik) oder aber die Ausbildung gerade abgeschlossen haben und ihre Berufstätigkeit und ihren Lebensmittelpunkt sowie ihre Lebensperspektive anderwärts sich eröffnet haben.

Diese fallen voraussichtlich als

- „Kern“ der Gesellschaft über die verschiedenen Altersstufen hinweg und
- tendenziell als „Eltern“ in der hiesigen Gesellschaft aus.

Es ist anzunehmen, dass der Umfang der Abwanderung noch viel größer ist, als er sich aus den Meldedaten der Gemeinden entnehmen lässt: Der neue Ausbildungs- oder Arbeitsort wird aus den verschiedensten Gründen, nicht zuletzt aus einer gewissen Familien- und Heimatgebundenheit heraus, nur als Zweitwohnsitz angemeldet. Dieser Zustand hält sich gegebenenfalls über mehrere Umzüge u.ä., bis schließlich nach einigen Jahren die faktische Situation, nämlich die dauerhafte Abwanderung, auch melderechtlich bestätigt ist. Für das soziale Leben im Herkunftsort sind diese Personen aber schon seit langem verloren.

#### 1 c) Die Abwanderung ist *geschlechtsspezifisch*.

So sind 2001 netto 2,3 % der jungen Männer abgewandert, aber  
3,7 % der jungen Frauen,

2005 waren dies bei reduzierter Abwanderung immerhin noch 1,6 % der jungen Männer und 2,5 % der jungen Frauen.

Bei diesen Gruppen handelt es sich noch um die relativ starken DDR-Jahrgänge.

Die Folgen des Übergewichts der Abwanderung der jungen Frauen hinsichtlich des Gleichgewichts der Geschlechter macht sich regional sehr unterschiedlich bemerkbar. So liegt der Frauenanteil bei den 20- bis 30jährigen in folgenden Landkreisen sehr niedrig:

Löbau-Zittau	43,7 %
Döbeln	44,2 %
Riesa-Großenhain	44,2 %
Kamenz	44,2 %
Hoyerswerda	44,3 %
Mittweida	44,4 %
Freiberg	44,7 %
Sächsische Schweiz	44,8 %
Mittl. Erzgebirgskr.	44,8 %

Schauen wir auf die Gruppe der 20- bis 25jährigen, so liegt der Frauenanteil beispielsweise im Niederschlesischen Oberlausitzkreis nur noch bei 43,5 %.

Einen leichten Frauenüberschuss bei den 20- bis 30jährigen finden wir einzig in Leipzig (50,6 %); gleichfalls etwas entspannter ist die Situation in Dresden (48,6 %), Plauen (47,9 %), Chemnitz (47,3 %) und Görlitz (47,5 %).

Die Abwanderung der Frauen und das Fehlen der 20- bis 30jährigen (letztlich bei beiden Geschlechtern) ist ein Problem hauptsächlich des ländlichen Raumes, wie die obige Statistik deutlich macht.

1 d) Die Abwanderung ist *bildungsselektiv*.

Ein hoher Anteil der AbwanderInnen verfügt über Schulabschlüsse in Form von Abitur oder Fachhochschulreife; empirisch untersucht und bestätigt ist gleichfalls der überdurchschnittlich hohe Anteil der Personen mit Uni- oder FH-Abschluß.

Hinzu kommen aber auch jene, die mit qualifizierten/guten Schulabschlüssen in der Realschule für eine Berufsausbildung oder als Berufstätige Sachsen verlassen haben.

Somit hören wir (unter Arbeitsmarktaspekten) bereits die ersten Klagen über Fachkräftemangel im Raum Chemnitz; dieser Fachkräftemangel wird sich trotz Massenarbeitslosigkeit in Sachsen verstärken. Und nach Prognosen des Ifo-Instituts werden im Jahr 2010 in Sachsen bereits rund 11.000 Hochqualifizierte fehlen.

Wenn viele qualifiziert ausgebildete junge Menschen das Land verlassen, stellt sich natürlich zwangsläufig die Frage, wer dann noch hier ist und welche Konsequenzen dieser Sachverhalt birgt. Hierauf werde ich später eingehen.

1 e) Nahezu Abwanderungsqualität hat die *Pendler-Problematik*.

In ganz hohem Maße sind die Menschen gezwungen, als Pendler ihrer Erwerbstätigkeit nachzugehen – sei es als Tages- oder als Wochenendpendler, oder, als Beschäftigte bei Zeitarbeitsfirmen u.ä., mit noch längeren Zeiten der Abwesenheit.

Zumindest für das Familienleben, für soziale Aktivitäten, aber auch als wirtschaftlicher Faktor stehen diese Personen, die pendeln, nur noch bedingt zur Verfügung. Besondere Nachteile in Hinsicht auf das Gemeinschaftsleben ergeben sich dabei im ländlichen Raum.

1 f) Zwischenfazit

Die Binnenmigration nach Westen hat weitreichende Folgen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung für die betroffenen Regionen, weil die sozial und wirtschaftlich aktiven Bevölkerungsgruppen fehlen bzw. künftig fehlen werden.

1 g) Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Wer bleibt übrig? Vorrangig die Jungen Männer. Im schlechtesten Fall (Löbau-Zittau) zu nahezu 57 %.
2. Was sind deren Bildungsniveaus? Im Schuljahresende 2005 lag der Anteil der AbgängerInnen, die die Hauptschule ohne Abschluss verließen (ohne Lernbehinderte!) im Landkreis Döbeln bei 7,7 %, im Weißeritzkreis bei 8 %, in den Städten Zwickau und Plauen sogar bei 8,9 bzw. 9,5 %. In weiteren sechs Land- und Stadtkreisen lag die Quote jeweils bei über 6 %. Wie sich dieser schulische Misserfolg nach den Geschlechtern aufschlüsselt, ist mir nicht bekannt (gegenüber dem Sachverhalt, dass der Mädchenanteil beim Abitur um etwa 18 % über dem der Jungen liegt). Wir alle aber wissen, dass dieser misslungene Start ins Erwachsenenleben einen enormen Einsatz benötigt, um pädagogisch, berufshelfend und auch allgemein sozial den drohenden gesellschaftlichen Ausschluss aufzuhalten.

3. Welches sind die Einstellungen, Stärken und Schwächen der verbleibenden jungen Menschen? Dies herauszuarbeiten und die Erkenntnisse zum Ausgangspunkt zu nehmen, ist vornehmste Aufgabe sowohl der Sozial- und Gesellschaftspolitik als auch der Sozialen Arbeit.
4. In welchem gesellschaftlichen Umfeld, mit welchen Normen, Werten, Vorbildern gleiten die jungen Menschen in das Erwachsenenleben? Hier ließe sich ein unendlicher weitergehender Fragenkatalog aufmachen, um nicht zuletzt auch sozialdarwinistische und andere gesellschaftliche Erscheinungsformen zu deuten und ursächlich zu bekämpfen und Hilfestellungen zu geben für ein gelungenes Leben.

Zu 2)

**Zuwanderung** findet kaum mehr statt.

- *Aussiedler*, die als Zuwanderungsgruppe wichtig waren, werden kaum mehr nach Deutschland gelassen. Gerade die Familienangehörigen im Grundschulalter oder noch jünger waren überwiegend sehr motiviert und erfolgreich bei der Integration (allen ausländerablehnenden oder –feindlichen Tendenzen zum Trotz). Dieser Fundus fehlt zukünftig sowohl alters- als auch bildungsmäßig.
- *Ausländer* kommen höchstens aus den Beitrittsstaaten der EU-10-Erweiterung hinzu, dies aber nicht in nennenswertem Umfang. Eventuell könnte nach Zulassung der vollständigen Niederlassungs- und Arbeitsfreiheit 2010/2012 noch eine Zuwanderung erfolgen, nicht zuletzt wegen des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften in den ostdeutschen Ländern – da die qualifizierten und mobilen Angehörigen der Mittel- und Osteuropäischen Staaten aber bereits Aufnahme in Großbritannien, Irland und einigen anderen Staaten gefunden haben, lässt sich nur schwer abschätzen, ob mit großen Wanderungsbewegungen zu rechnen sein wird.
- *Flüchtlinge* kommen kaum mehr nach Deutschland rein (und hierher in den Osten zu kommen, ist sowieso hochgradig risikoreich für diese Menschen). Bei aller ohnehin mangelnden Integrationsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft und angesichts der repressiven Rechtslage ist ihnen die Bereicherung der sächsischen Gesellschaft als aktiver Teil der Gemeinschaft erschwert oder verwehrt.
- Über *RückkehrerInnen* kann man nur spekulieren. Aber die Chancen erheblicher Rückwanderung sind nicht hoch. Speziell Mecklenburg-Vorpommern, aber in der letzten Zeit auch Sachsen-Anhalt versuchen mittels Bindungsprogrammen (Päckchen, Web-Sides u.ä.) ein Interesse an der Herkunftsregion aufrechtzuerhalten; wie erfolgreich diese Ansätze sind, muss sich erst noch erweisen. Dies hängt ja von der Arbeitsmarktentwicklung und hier insbesondere von der Lohnentwicklung ab, daneben bauen die Abgewanderten ja in ihren neuen Lebensumfeldern auch neue Beziehungen auf, die auf einen Verbleib ausgerichtet sind.
- Aus dem *Westen* kommen dauerhaft kaum mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter. Nach meiner Beobachtung richtet sich aktuell der Augenmerk hauptsächlich auf die ältere Generation, die ihren Alterswohnsitz in Sachsen einrichten soll (Görlitz, Leipzig). Sollte diese Anwerbung Erfolg haben, wäre dies eine Bereicherung des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen (auch mit Arbeitsmarkteffekten) Lebens in den jeweiligen Regionen – hätte aber logischerweise keinen Einfluss auf eine ausgeglichene Bevölkerungsstruktur.
- Wenn Zu- oder Rückwanderung stattfindet, sind dies nach den bisherigen Erkenntnissen weniger die (jungen) Frauen, denn Männer. Das heißt, dass

Zuwanderungseffekte die numerische Ungleichheit der Geschlechter zu verstärken droht.

- Zuwanderung wäre aber denkbar hinsichtlich Frauen aus Osteuropa zur Behebung des Frauenmangels für die 20- bis 30jährigen Männer. Sicherlich ist bekannt, dass seit Jahren Kataloge von Frauen aus der Ukraine oder Russland existieren, die eine Partnerschaft in den westeuropäischen Staaten suchen. Es spricht nichts dagegen, dass auf diesem Wege den Männern ohne Partnerin sich eine Perspektive eröffnet. Allerdings muss, unter sozialarbeiterischen Gesichtspunkten, das Augenmerk auf den Sachverhalt gelegt werden, dass die heiratswilligen Männer in der Regel nicht vorbereitet sind auf ein Leben mit einem Menschen anderer Sprache und anderem kulturellen Hintergrund und dass das gesellschaftliche Umfeld, in das diese Frauen kommen, sich nicht sehr offen für Menschen fremder Herkunft zeigt. Der Ausbau interkultureller Angebote, die Unterstützung bi-nationaler Familien und die speziellen Hilfen für Menschen mit Migrationshintergrund müssen hierfür anerkannt und stark ausgeweitet werden.

Zu 3)

Prognosen zur **Geburtenentwicklung** sind mit hohen Unsicherheitsfaktoren verbunden.

Die niedrige Geburtenrate ist ein gesamtdeutsches Phänomen (und ein Gesamteuropäisches; Italien und Spanien zum Beispiel, als doch sehr katholische Länder, unterbieten Deutschland) und kann nicht durch Maßnahmen eines Bundeslandes oder gar einer Kommune oder eines Kreises bemerkenswert beeinflusst werden. Zumal dieser Sachverhalt in seiner Entstehung und seinen Auswirkungen sehr komplex ist. Für Frankreich, das hinsichtlich der Geburten wesentlich günstigere Zahlen vermeldet, wird gesagt, dass die Einleitung der familienpolitischen Maßnahmen unter De Gaulle, also Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre einen Zeitraum von nahezu 40 Jahren benötigten, um die aktuellen Erfolge zu zeitigen. (Grundsätzlich bin ich ohnehin der Meinung, dass eine niedrige Geburtenrate und ein Schrumpfen der Gesellschaft kein Unglück ist. Sollte die in Deutschland lebende Gesellschaft sich tatsächlich auf 60 Millionen reduzieren, wäre dies ein sehr viel entspannteres Leben. Es kommt einzig darauf an, sich über das gesellschaftliche Selbstverständnis und das Miteinander neu und frühzeitig zu verständigen und den verschiedenen Generationen die notwendige Achtung und Rechte der Entfaltung zukommen zu lassen.)

Für Sachsen werden wohl in den Regionen mit relativ weniger Menschen im Alter von 18 bis 30 in Zukunft auch weniger Geburten erwartet werden. Die hauptsächlich riskanten Kreise ergeben sich aus den vorigen Ausführungen (vgl. 1 ba) und 1 c)).

Ebenso aber wäre möglich, dass in diesen Regionen – in Kombination mit wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Faktoren – mehr Kinder geboren werden, als dies dem deutschen Durchschnitt entspricht.

Neben der Binsenweisheit, dass (zumindest früher) die ganz Armen und die ganz Reichen die meisten Kinder hatten, wird immer wieder (allerdings nur auf der Beobachtungsebene und nicht empirisch abgesichert) von Sozialen Fachkräften darauf hingewiesen, dass der Anteil der Kinderreichen bei den Armen (und das meint hier die Klientel Sozialer Arbeit in den verschiedensten Beratungs- und Hilfebereichen) sehr hoch sei. Es wäre also durchaus denkbar, dass in Sachsen in Anbetracht einer grassierenden Armut (Hartz IV, Niedriglöhne, sonstige Transferleistungen) und eines gesellschaftlichen Ausschlusses (schlechte Bildung, keine Berufsausbildung mit Zukunft, Arbeitslosigkeit) eine verstärkte Geburtenfreudigkeit zur Lösung der individuellen Benachteiligungssituation genutzt werden könnte: Wenn schon keine gesellschaftliche Anerkennung und Einbindung durch Einkommen, Arbeit, Bildung, dann doch wenigstens (insbesondere für die Frauen) ein Statusgewinn durch die Mutterschaft.

Zusätzlich könnte – zumindest in bestimmten gefährdeten Regionen – das völkische Frauenbild einer „Deutschen Mutterschaft“ eine verstärkte Rolle spielen. Es wäre auch zu erforschen, ob die (allgemein betrachtet zurückgehenden) Teenagerschwangerschaften in einem Zusammenhang mit der Exklusion stehen.

Sollten sich solche Trends bilden oder ausweiten, wäre der Bereich der familienunterstützenden Leistungen, der Betreuung und Begleitung von Kindern beim Aufwachsen und der Integrationshilfen sowie der Gemeinwesenansätze ein unbedingt auszubauender Bereich der Sozialen Arbeit – auch und gerade bei geringerer Geburtenhäufigkeit.

Zu 4)

Die **Zunahme der alten Menschen** geschieht einerseits über die erfreuliche zunehmende Lebenserwartung in den ostdeutschen Bundesländern, andererseits, soweit es die Anteile an der Bevölkerung anbetrifft, über die Wechselwirkung mit dem Verlust der anderen Altersgruppen, nicht zuletzt mit den Kindern und jungen Erwachsenen.

Ab dem 40./45. Lebensjahr bleiben die Menschen relativ stabil vor Ort. Der Anteil der älteren und alten Menschen in den Regionen nimmt insoweit zu.

Prozentual an der Gesamtbevölkerung haben wir die höchsten Altersanteile (ich gehe hier von 60 + aus, da diese Altersgruppe in der Regel aus dem Erwerbsleben bereits in die Langzeitarbeitslosigkeit entlassen wurde; „alt sein“ im Sinne der Verwertbarkeit am Arbeitsmarkt beginnt hier ja bereits ab dem 45. Lebensjahr) in:

Hoyerswerda	33,8 %
Görlitz	32,7 %
Chemnitz	32,2 %
Löbau-Zittau	31,7 %
Zwickau	31,3 %
Plauen	30,9 %
Vogtland	30,9 %
Chemnitzer Land	30,9 %
Sächsische Schweiz	30,6 %

(Zum Vergleich: Der sächsische Durchschnitt liegt bei 28,9 %, in der gesamten Bundesrepublik bei 25,7 % und in Baden-Württemberg bei 23,5 %).

Die relativ vielen Städte mit großem Altenanteil lassen sich eventuell damit erklären, dass spätestens mit Eintritt der Hochaltrigkeit oder dem Bedarf einer altersgerechten Wohnumgebung oder des Bedarfs an Assistenz oder Pflege Menschen aus dem ländlichen Raum in die Städte (kreisangehörige ebenso wie die Großstädte) ziehen, weil in den bisherigen Wohngemeinden weder die Wohnung noch die Versorgungssituation (bis hin zum täglichen Einkauf oder Arztbesuchen oder dem mangelhaften Öffentlichen Personen Nahverkehr) ihrer Lebenslage und ihren Bedürfnissen angemessen ist. Ein anderer Erklärungszusammenhang wäre eher statistischer Natur: Die jüngeren Familien ziehen aus den Städten ins Umland, zurück bleiben die Alten.

Da insbesondere auch im ländlichen Raum der Anteil der alten Menschen sowohl numerisch (längere Lebenserwartung) als auch anteilig weiter ansteigen wird, müssen Wege beschritten werden, die den Verbleib dieser Menschen in ihrer gewohnten Umgebung ermöglichen. Dies stellt Anforderungen an

- altersgerechtes Wohnen und Leben
- die Vermeidung der Ghettoisierung in Wohnanlagen
- die Integration in das gesellschaftliche Leben – also die soziale *Teilnahme*

- Versorgungs-, Hilfe- und Unterstützungsmaßnahmen
- die Infrastruktur (Einkaufen, ärztliche Versorgung, kulturelle Bedürfnisse)

5)

Noch einige Anmerkungen zur Altersgruppe derer, die ich hier **Zwischengeneration** nennen möchte, also die Gruppe der ca. 30- bis 60jährigen.

Das Leben dieser Menschen ist sicherlich zu einem guten Teil von diesen als zufriedenstellend empfunden.

Gleichwohl müssen wir immer wieder erkennen, das – in der Regel natürlich abhängig vom beruflichen Status, dem Einkommen, der Bildung und den sozialen Netzwerken – viele Verunsicherungsmomente deren Leben und deren Lebenszufriedenheit beeinträchtigen.

- Allgemein vorherrschend ist ein geringes Lohnniveau, das die individuellen Grenzen in Anbetracht der nicht zuletzt medial vermittelten Möglichkeiten immer wieder schmerzhaft deutlich macht.
- Sehr viele Menschen leben im ALG II-Bezug oder mit Unterstützung anderer Transferleistungen. Hieraus ergibt sich ein hoher Grad von Abhängigkeit und die Unterwerfung unter kontrollierende Institutionen.
- Unabhängig von konkreten Geldleistungen sind viele Menschen arbeitslos (nicht zuletzt die Frauen in dieser Altersgruppe, die wegen des Einkommen des Mannes keine Ansprüche realisieren können und auch nicht in Beschäftigungsmaßnahmen partizipieren können), besonders viele auch langzeitarbeitslos. Ob als direktes Erleben, oder als zurückliegende Erfahrung oder als Angst vor dem möglicherweise drohenden Ereignis – diese Unsicherheit hinsichtlich der Teilnahme am Arbeitsmarkt (und damit einem zentralen Element dieser Gesellschaft) hat einen hohen Verunsicherungseffekt und deckelt das zivilgesellschaftliche Bürgerbewusstsein.
- Die Erfahrung der Nachwendezeit als strengem Prozess der Individualisierung, Vereinzelung, Konkurrenz und Unsicherheit bringt immer wieder Orientierungsprobleme hinsichtlich „richtig“ und „falsch“, „gut“ und „schlecht“ usw. Das heißt, dass in Konfliktsituationen oder Bedrohungsmomenten kein gutes Repertoire mit differenzierte Handlungsoptionen offen steht. Dies gilt sowohl für psycho-soziale als auch für affektive oder kognitive Felder. Hier wären seitens der Sozialpolitik als auch der Sozialen Arbeit weiterhin Bildungs- und Unterstützungshilfen zu leisten.
- Als letztes schließlich ein Hinweis auf den Sachverhalt, dass wir hier relativ viele alleinstehende Männer im mittleren Alter haben. In Anbetracht der vielfach fehlenden oder sehr reduzierten sozialen Netzwerke und der etwas (vorsichtig ausgedrückt) mangelhaften Selbstfürsorge und Konflikt- und Problembewältigung müsste für diese Gruppe ein Unterstützungssystem entwickelt werden. Diese Männer werden auch älter werden und ihre Kompetenzen aus sich heraus nicht mehr verfeinern und vervollständigen können.

6.

Die Sächsische Landesregierung stellte sich als erste oder eine der ersten dem Problem der demographischen Herausforderung. Soweit ich die Diskussion verfolgen kann, wird dieser Prozess vor-gedacht und leidenschaftslos (im Sinne von: sich den Problemen stellen, die doch nicht zu ändern sind) angegangen. So wird in Südwestsachsen (Vogtland und westliches Erzgebirge) ermittelt,

- wie und welche Infrastrukturangebote aufrecht erhalten werden können und



- wie die Versorgung der Bewohner zu garantieren ist, wenn eine Bevölkerung derart stark schrumpft und keine neue Industrieansiedlung zu erwarten ist.

Ich frage die hier Anwesenden:

Führen Sie in Ihren Regionen eine gleiche Diskussion und Planung in Ihren Arbeitsfeldern? Stellen Sie und die anderen Träger der Sozialen Einrichtungen und Diensten und der Sozialen Arbeit im Allgemeinen gleichfalls auf derartige Entwicklungen ein?

Wie viel Zeit bleibt Ihnen noch, sich auf die verändernden demographischen Verhältnisse umzustellen?

7.

Wenn wir uns die konkreten Menschen hier in Sachsen anschauen, ist der demographische Wandel kein Problem, wenn das funktioniert, was in den Sozialwissenschaften „Sozialkapital“ genannt wird. Und damit meine ich nicht vordringlich jene Bereiche, die für die Verwertbarkeit im modernen Arbeitsprozess immer wieder angemahnt werden.

Vielmehr denke ich hier an die Basis-Werte „Vertrauen“, „Netzwerk“ und „soziale Normen“. Wie schaffen wir es in unserer Gesellschaft, Soziale Netzwerke zu ermöglichen, die Zugang zu Informationen, soziale Rollenmodelle und soziale Rollenverteilung, Regeln sowie Strukturen erfahrbar machen und in die der/die Einzelne sich einordnen kann. Wie erhalten wir eine Dichte an zivilgesellschaftlichen Assoziationen? Wie schaffen wir Zugänge zu informellen Informationsnetzen? Und wie den Zugang zu Ressourcen und Informationen? Letztlich: Wie schaffen wir gesamtgesellschaftlich im Teilbereich Sachsen positive Effekte sozialer Beteiligung (und nicht nur Teilhabe)? Und auf welchem Weg gelingt es, einen elementaren Sinnhorizont zu suchen und zu vermitteln.

8.

Die Träger der Sozialen Arbeit, wie Sie hier repräsentativ für die Strukturen und Felder vertreten sind, müssen dieses Innen (des Menschen als Erlebtes, Genossenes und Genießendes, Frohes und Ängstliches, Forderndes und Leistendes) und das Außen (der Gesellschaft als sich rapide entwickelnde neue Formation) kennen und in dieser Kenntnis sich selbst und die Klienten-/Bevölkerungsgruppen vernetzen.

Hauptsächlich aber müssen Sie ihre Rolle in der Zivilgesellschaft suchen und einnehmen (und ich denke hier hauptsächlich an die Kommunikationsfunktion). Wenn Sie nicht gemeinsam (trotz aller Konkurrenzen) auf den Weg machen, diese Kommunikation der Sozialen Belange und der Zivilgesellschaft herzustellen, werden Sie sich in kürzester Zeit nur noch in den ohnehin anstehenden Verteilungskämpfen verstricken. Ohne zu sehr Fronten aufzubauen: Sie haben nur eine Zukunft, wenn sie sich vernetzt lokal oder regional von unten gegen die Politik (soweit sie den sogenannten Sachzwängen und den Finanzen folgt) organisieren.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.